

Antrag A30: Freiheit und Frieden für Gaza – Solidarität gegen Völkermord, Vertreibung und Besatzung!

Antragsteller*in:	Landesvorstand, LAG Palästinasolidarität, linksjugend ['solid'] Hessen
Status:	angenommen
Sachgebiet:	A - Allgemeine Anträge
Schlagwörter:	Antragsheft 5

1 Die Linke Hessen teilt die Einschätzungen der führenden Organisation von
2 Genozidforscher*innen (IAGS) sowie von Amnesty International, medico
3 international, B'Tselem, Physicians for Human Rights Israel und der
4 Untersuchungskommission des UN-Menschenrechtsrates, die von einem Genozid an den
5 Palästinenser*innen sprechen. Dieser von der israelischen Regierung in Gaza
6 verübte Völkermord gehört zu den größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit in
7 diesem Jahrhundert.

8 Seit Ende 2023 haben die israelischen Angriffe mehr als 67.000 Menschen getötet,
9 darunter fast ein Drittel Kinder. Die tatsächlichen Zahlen dürften noch höher
10 liegen. 169.000 Menschen und Kinder wurden verletzt, viele davon lebenslang
11 schwer, da sie ein oder mehrere Gliedmaßen verloren haben. Ganze Familien wurden
12 ausgelöscht, Wohnviertel, Schulen, Märkte und Krankenhäuser vollständig
13 zerstört. Die gezielte Zerstörung des Gesundheitssystems hat fast 2.000
14 Beschäftigte im Gesundheitswesen und 125 Einrichtungen vernichtet, außerdem
15 wurden knapp 300 Journalist*innen und Medienschaffende getötet. Blockadepolitik,
16 die Verhinderung humanitärer Hilfe, das gezielte Aushungern der Bevölkerung und
17 das Zerstören lebenswichtiger Infrastruktur haben Hunger, Seuchen und eine
18 katastrophale medizinische Versorgungslage verursacht. Millionen Menschen leben
19 ohne Zugang zu Wasser, Strom oder Gesundheitsversorgung unter permanentem
20 Bombardement. Jedes vierte Kind ist unterernährt. Selbst an
21 Nahrungsmittelausgabestellen wurde von gezielten Tötungen von Zivilist*innen
22 berichtet u.a: von Ha'aretz. Auch die gezielte Zerstörung von Schulen und
23 Hochschulen verhindert jede Form kollektiver Wissensproduktion. All diese
24 Handlungen erfüllen die Kriterien der UN-Genozidkonvention: Tötungen, schwere
25 körperliche und seelische Schäden sowie die vorsätzliche Schaffung von
26 Lebensbedingungen, die auf Vernichtung einer Bevölkerungsgruppe abzielen. Die
27 entmenslichende Rhetorik führender israelischer Politiker*innen bestätigt die
28 Absicht, Gaza zu zerstören und unbewohnbar zu machen. Auch im Westjordanland
29 haben rechte Siedler und israelische Sicherheitskräfte die Gewalt intensiviert
30 und drohen mit weiteren Annexionen.

31 Deutschland trägt Mitverantwortung am Genozid: Durch Waffen- und
32 Ausrüstungslieferungen an Israel unterstützt die Bundesregierung eine
33 Kriegsführung, die internationales Recht bricht und ziviles Leben vernichtet.
34 Die zwischenzeitliche Ankündigung, neue Liefergenehmigungen teilweise
35 auszusetzen, reicht nicht aus und wurde bereits wieder zurückgenommen. Auch die
36 laufenden Verträge, die vom Exportmoratorium nicht erfasst waren, müssen
37 gestoppt werden. Die Bundesregierung muss auf EU-Ebene endlich Sanktionen gegen
38 Israel ermöglichen und ihrer Verpflichtung nachkommen, Haftbefehle des

39 Internationalen Strafgerichtshofs auf deutschem Boden durchzusetzen.
40 Der Waffenstillstand gibt Hoffnung auf ein Ende des Genozids und eine friedliche
41 Lösung. Die am 7. Oktober verschleppten Geiseln sowie palästinensische
42 politische Gefangene wurden freigelassen. Doch der Waffenstillstand wird
43 regelmäßig gebrochen, und sowohl Hamas als auch die israelische Regierung zeigen
44 durch Handlungen und Rhetorik, dass reaktionäre Kräfte kein Interesse an einem
45 gerechten Frieden mit Menschenrechten für alle haben.

46 Die israelische Regierung erklärte, die „Aufgabe sei nicht abgeschlossen“, und
47 verletzt den Waffenstillstand mehrfach. Auch der sogenannte Trump-Plan verfolgt
48 keine demokratische Selbstbestimmung, sondern geopolitische Interessen, etwa
49 durch die geplante Kontrolle Gazas unter Tony Blairs und Donald Trumps
50 kolonialistische Kuratel. Gleichzeitig sitzen über 10.000 Palästinenser*innen
51 ohne Gerichtsverfahren in israelischer Haft, Menschenrechtsorganisationen
52 berichten von Folter.

53 Wir fordern:

- 54 • einen dauerhaften Waffenstillstand als Beginn eines Friedensprozesses
- 55 • die Aufhebung der Blockade
- 56 • uneingeschränkten Zugang für humanitäre Hilfe
- 57 • ein Ende der illegalen Besatzung Palästinas
- 58 • Rückkehrrecht und Entschädigung für alle Vertriebenen
- 59 • Freilassung willkürlich inhaftierter Palästinenser*innen
- 60 • sofortigen Stopp aller deutschen Rüstungsexporte nach Israel
- 61 • internationale strafrechtliche Verfolgung der Verantwortlichen
- 62 • die Anerkennung des Staates Palästina durch die Bundesregierung
- 63 • die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts aller Völker
- 64 • die Achtung demokratischer Grundrechte bei Demonstrationen und Aktivitäten
65 der Solidaritätsbewegung

66 Wir arbeiten in unseren Kreisverbänden und mit Bündnispartner*innen zusammen, um
67 politischen Druck aufzubauen. Wo keine Bündnisse möglich sind, planen wir eigene
68 Aktivitäten. Zugleich üben wir Selbstkritik: Als Partei waren wir zu leise, auch
69 wenn viele Mitglieder seit Jahren Solidarität zeigen. Wir stehen an der Seite
70 all jener in Israel, Palästina, im Libanon und Syrien, die für Frieden,
71 Demokratie, gegen Rassismus und für gleiche Rechte für alle kämpfen – für ein
72 Ende des Apartheid-Systems vom Jordan bis zum Mittelmeer. Ebenso stehen wir an
73 der Seite all jener weltweit, die konkret gegen den Genozid aktiv waren und
74 sind, etwa durch Versuche, die Blockade zu durchbrechen, durch Generalstreiks in
75 Italien oder durch Hafenarbeiter*innen, die die Verladung von Militärgütern
76 verweigerten.

77 Wir stellen uns unmissverständlich gegen Antisemitismus. Die meisten
78 antisemitischen und rassistischen Übergriffe stammen aus Rechten Überzeugungen
79 und von Rechtsextremist*innen. Jede ausgrenzende Ideologie bekämpfen wir –
80 unabhängig von ihrem politischen Ursprung.

81 Wir lehnen die Gleichsetzung von Kritik an der israelischen Regierung mit

82 Antisemitismus ab. Eine Vermischung nationaler Interessen des Staates Israel und
83 seiner Regierung mit den Bedürfnissen von Jüd*innen weltweit lehnen wir ab. Der
84 Antisemitismusvorwurf wird häufig genutzt, um legitime Kritik und Solidarität zu
85 delegitimieren; dies schwächt den Kampf gegen tatsächlichen Antisemitismus. Wir
86 bekämpfen auch Trittbrettfahrer*innen, die ihren Antisemitismus als
87 Palästinasolidarität tarnen. Solidarität ist für uns unteilbar. Wir fordern ein
88 Ende staatlicher Repression gegen die Palästina-Solidaritätsbewegung und gegen
89 Betroffene in Deutschland.

90 Auch in Hessen wird Solidarität mit Gaza durch staatliche Stellen pauschal als
91 antisemitisch diffamiert oder eingeschränkt, dafür wird die Bundestagsresolution
92 gegen BDS (Boycott, Divestment and Sanctions), obwohl im Einzelfall kein
93 Antisemitismus nachgewiesen wird. Dies reicht von versuchten
94 Demonstrationsverboten über Polizeigewalt bis zu einer Kampagne gegen das
95 System-Change-Camp. Gleichzeitig gibt es doppelte Standards, wenn Uwe Becker
96 konsequenzfrei neben einer Groß-Israel-Karte posiert, während jede Karte des
97 historischen Palästinas als Vertreibungsforderung ausgelegt wird.

98 Die hessische Landesregierung – insbesondere Ministerpräsident Boris Rhein (CDU)
99 – muss den Bundestagsbeschluss von 2002 zur Unterstützung des Internationalen
100 Strafgerichtshofs einhalten und darf keine Ausnahmen für die gesuchten
101 Kriegsverbrecher Benjamin Netanjahu und Joav Galant fordern. Die Unterstützung
102 hessischer CDU-Politiker*innen für Waffenlieferungen aus Hessen an Israel ist
103 inakzeptabel und befördert Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Wir treten
104 stattdessen auch in Hessen konkret für gerechten Frieden und Menschenrechte ein.

105 Ganz praktisch setzen wir uns dafür ein, dass Kinder und Kriegsoffer in
106 hessischen Städten aufgenommen und versorgt werden. Wir streben
107 Städtepartnerschaften mit palästinensischen Städten an und setzen uns dafür ein,
108 dass bestehende israelische Städtepartnerschaften die progressive
109 Zivilgesellschaft stärken, statt Kooperationen mit rechtsradikalen Likud-
110 Bürgermeistern zu fördern. Hochschulen sollen Partnerschaften mit
111 palästinensischen Universitäten eingehen; bestehende Kooperationen mit
112 israelischen Universitäten begrüßen wir, erwarten jedoch den Ausschluss
113 militärischer Zusammenarbeit. Zivilklauseln müssen international gelten. Wir
114 unterstützen praktische Nothilfe, wie etwa von medico international.

115 Der Landesvorstand organisiert eine landesweite Tagesveranstaltung mit Vorträgen
116 und Diskussionen zum seit Generationen andauernden Konflikt in Israel und
117 Palästina, um Perspektiven zu erarbeiten, die auf einem Landesparteitag nicht in
118 der nötigen Tiefe diskutiert werden können.

Begründung

erfolgt mündlich

Hinweise der Antragskommission (intern)

Kompromiss A13+A22